

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 08.2010 19.08.2010

## Leben am Limit Überleben in deutschen Klassenzimmern



[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)  
<sup>2)</sup> Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 6-Fachen  
Ihrer Nettobezüge**

**7,99 % p. a.<sup>2)</sup>**

## Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

### 0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

### + Abruf-Dispokredit<sup>1)2)</sup>

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

<b>Beispiel:</b> Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

### + 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

### + DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- **Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)**

### Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 180/40 60 105  
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

Titel	
Leben am Limit	
Überleben in deutschen Klassenzimmern	4
Gastbeitrag	
Helden des Alltags – Professor Michael Mönninger über den Überlebenskampf in deutschen Klassenzimmern	6
Meldungen	
Bahn: Vermittlungsprojekt für Beamte	7
Bund: Forschungsprojekt zur Mitbestimmung	7
Aus den Ländern	
Thüringen: DGB-Landesfrauenausschuss legt Entwurf für Thüringer Gleichstellungsgesetz vor	9
Brandenburg: Verwaltungspraktikum soll bezahlt werden	10
Saarland: „Einfallsloses Sparen im öffentlichen Dienst“	12
Porträt	
Studienrätin im Porträt	13
Service	
Besoldung spezial	14
Interview	
„Der Lehrerberuf ist ein Schlüsselberuf“ GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad über den Bildungsauftrag der Schule	16
Aus den Gewerkschaften	
Gutes Arbeiten – gesundes Lehren	17
Vermischtes	
Kommunen planen, Leistungen zu reduzieren	18

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill; Titelbild: BilderBox, Erwin Wodicka; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
in etlichen Bundesländern hat das neue Schuljahr bereits begonnen, in anderen steht der erste Schultag nach den Ferien unmittelbar bevor. Nicht alle Kinder freut das. Aber auch nicht alle Lehrkräfte blicken – wie die Kollegin in unserem Porträt (siehe S. 13) – voll freudiger Erwartung ins neue Schuljahr. Für viele ist jedes neue Schuljahr eine harte Belastungsprobe. Renate Beblo beschreibt das sehr eindrucksvoll in unserer Titelgeschichte ab Seite 4.

Unsere eigene Schulzeit ist kein Maßstab für das, was Lehrerinnen und Lehrer heute leisten. Die Arbeitsbedingungen haben sich drastisch geändert. Die Dokumentationspflichten sind beträchtlich angewachsen, die Zusammenarbeit mit Kitas, Eltern, Ämtern viel intensiver als früher. Vor allem die Erwartungen der Eltern sind gestiegen, die Tendenz zur Auseinandersetzung aber auch. Lehrer/innen werden immer stärker als Erzieher gefordert. Die Klassen sind zu groß, als dass es gelingen könnte, alle Schüler/innen unter einen Hut zu bringen. Für die individuelle Förderung fehlen Pädagoginnen und Erzieher. Dafür reichen die Räumlichkeiten häufig nicht, um Lernangebote nach der individuellen Leistungsfähigkeit der Kinder zu gestalten.

Lehrerinnen und Lehrer sind Helden des Alltags, sagt Michael Mönninger im Gastbeitrag auf Seite 6 und fordert einen „neuen Grundrespekt“. Dazu gehören aus Sicht des DGB auch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Die driftet im Vergleich der Bundesländer immer weiter auseinander (s. S. 14f.). Dabei ist Chancengleichheit beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung auf allen Ebenen nicht zuletzt abhängig von Investitionen in die Menschen, die unterrichten oder ausbilden, sagt Ilse Schaad im Interview auf Seite 16. Dem ist nichts hinzuzufügen. ■

Ingrid Sehrbrock  
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Titel



**Die Vorstellungen über den Arbeitsalltag von Lehrerinnen und Lehrern sind bei vielen Menschen erstaunlich konkret und annähernd unverrückbar. Ob sie die Realität treffen, darf getrost in Frage gestellt werden. Renate Beblo gibt einen Einblick in ihren ganz persönlichen Arbeitsalltag als Lehrerin einer Grundschule in Niedersachsen.**

Eigentlich habe ich für diesen Text keine Zeit, denn es ist 21.30 Uhr und vor mir liegen noch ein Klassensatz Tests und Sachkundemappen, die ich eigentlich durchgucken müsste, was ich jetzt wohl aufs Wochenende verschieben muss. Seit langem arbeite ich (54) als Grundschullehrerin mit voller Stelle in Niedersachsen, das sind in der Regel 29 Wochenstunden Unterricht. Stunden, in denen man nicht einmal für fünf Minuten mit halber Kraft arbeiten kann (weil es einem vielleicht nicht so gut geht), denn man ist ständig angesprochen und konfrontiert, trifft



Foto: ©iStockphoto/Daaronj

stellt und 25 Zeugnisse inklusive Empfehlungsschreiben geschrieben. Es gab Dienstbesprechungen, Gesamtkonferenzen, Fachkonferenzen, Klassenkonferenzen und 25 halbstündige Eltern-/Schülergespräche zu den Schullaufbahneempfehlungen. Schulvorstandssitzung und Jahrgangskonferenzen kommen demnächst, ebenso Elternsprechtage am Nachmittag. Ich habe Schülerbegleitbögen und Förderpläne für Schüler geschrieben und an mehreren neuen Konzepten für unsere Schule mitgearbeitet. Nicht zu vergessen die mehrseitigen Gutachten für

## Leben am Limit

### Überzeugung, Enthusiasmus und Selbstdisziplin sichern das Überleben in deutschen Klassenzimmern

Entscheidungen, versucht zu verstehen, Wege zu finden, verstanden zu werden, zu vermitteln, gute Stimmung herbeizuführen und zu bewahren, die Lernfreude zu erhalten, Arbeitsruhe herzustellen, gerecht zu sein, mit schwierigen Schülern umzugehen, Konflikte zu besprechen, Regeln durchzusetzen, Lernstoff zu vermitteln und kranke Kolleginnen zu vertreten. In den sogenannten Pausen kommt die eigentlich benötigte Ruhe kaum auf. Denn nun heißt es kopieren, besprechen, schnell etwas essen und trinken, Aufsicht führen, vielleicht ein Telefonat tätigen und sich abgrenzen gegenüber Eltern, die plötzlich vor der Tür stehen und etwas ganz Wichtiges jetzt und hier besprechen wollen.

#### Arbeit ohne Zeitschema

Vor kurzem habe ich mir die Mühe gemacht, einmal aufzulisten, wie viele Stunden ich tatsächlich arbeite. Das ist nicht einfach, denn es gehört so vieles dazu, das weder am Schreibtisch noch in der Schule stattfindet: Einkäufe von Material zum Basteln, Werken oder zur Ausstattung des Computerraums, Vorbereitung von Unterrichtsgängen, Gespräche mit Therapeuten, Horterziehern und Eltern, Fortbildungen an Nachmittagen oder Wochenenden. Was also habe ich in den letzten Wochen neben meiner eigentlichen Tätigkeit als Unterrichtende sonst noch getan?

Ich habe mich in ein neues Zeugnisprogramm eingearbeitet und dabei mit Programmierfehlern und -tücken gekämpft, habe ein Formular er-

stellt und zwei Schüler, die auf Förderbedarf überprüft werden. Weiterhin habe ich eine Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen vorbereitet und auf den nächsten Tag muss ich mich auch immer noch konkret vorbereiten und Unterrichtsmaterial zusammenstellen. Außerdem betreue ich zurzeit zwei Referendarinnen und spreche mit ihnen Stunden durch. Demnächst steht eine Elternversammlung mit einigen Konfliktthemen auf dem Plan. Nicht unerheblich und kaum in ein zeitliches Schema zu fassen, schlagen Konflikte zu Buche, die wir zunehmend mit gereizt auftretenden Eltern durchstehen müssen. Ein Anruf mit wilden Beschimpfungen kostet nächtelang den notwendigen Schlaf und unglaublich viel Energie. Alles in allem komme ich auf mehr oder weniger 60 Stunden in der Woche, verteilt auf die Tage und Abende und auf Wochenenden.

#### „Belastungen auf ein lebbares Maß zurückschrauben“

Zu kurz kommen Privatleben, Haushalt, Freizeit und Entspannung. An ein freies Wochenende kann ich mich kaum erinnern. Ich schlafe schlecht. Dass ich Arbeitsstunden und damit auch mein Einkommen kürze, kommt für mich als Alleinlebende nur bedingt in Frage, mal ganz davon abgesehen, dass die Landesregierung auch diese Möglichkeit gerade kappen will und ich begründen muss, warum ich z. B. die jahrelang zusätzlich geleistete 29. Stunde nun zurückhaben und zusätzlich noch zwei weitere Stunden reduzieren will. Fluglotsen, Piloten und Bundeswehrmitarbeiter werden aufgrund des großen Stresses

# Titel

→ in ihrem Beruf mit 55 oder sogar noch eher in den Ruhestand versetzt. Doch darum geht es mir gar nicht, denn ich arbeite gern und denke, dass ich eine gute Lehrerin bin. Doch ich wünsche mir, dass unsere Belastungen gesehen und auf ein realistisches, lebbares Maß zurückgeschraubt werden. Wie sollen wir gesund bleiben und gute Unterrichtende sein, wenn wir so dermaßen am Limit leben?

## Präventive Selbstdisziplin

In den Sommerferien des vergangenen Jahres habe ich eine vierwöchige Kur gemacht, um einem Burnout vorzubeugen. 80 Prozent der zum größten Teil weitaus jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die ich hier antraf, waren seelisch und körperlich völlig erschöpft. Ich zwingte mich inzwischen auf dringenden ärztlichen Rat dazu, einen Wochentag von Schularbeit frei zu halten und mein Privatleben nicht ganz am Ende anzusiedeln, auch wenn ich nicht immer optimal vorbereitet in den neuen Tag starte. Ich habe mein Pensum um zwei Unterrichtsstunden reduziert, was ich als große Entlastung erlebe. Die 150 Euro weniger im Monat nehme ich hin. Allerdings wird unsere noch volle Halbtagschule im Sommer in eine sogenannte „Verlässliche – besser: Verlässene – Grundschule umgewandelt, wonach dann bestimmte Aufsichtszeiten wie z. B. das gemeinsame Frühstück im Klassenverband oder Doppelbesetzungen in großen Klassen nicht mehr als Arbeitszeit anerkannt werden. Ich werde dadurch wieder mehr arbeiten müssen – ohne jeden finanziellen Ausgleich.

## Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Anerkennung

Altersteilzeit war gestern. Heute gilt: Stundenreduzierungen der letzten Arbeitsjahre sollen sich auf die Höhe der Pension auswirken. Eine



Foto: BilderBox, Erwin Wodicka

clevere Lösung, Geld einzusparen – in einem Beruf, in dem nur eine Minderheit überhaupt bis zum Rentenalter durchhält. Ich spüre eine tiefe Verachtung für unsere Tätigkeit. Gleichzeitig soll sich aber die Lernsituation unserer Kinder verbessern. Wir sind immer noch Menschen, große und kleine, und keine Maschinen, die auf Kommando und ohne Rücksicht auf äußere Bedingungen lernen und lehren. Und um am Schluss eines klarzustellen: Letztlich geht es doch darum, dass unsere Kinder die besten Bedingungen für ihre Bildung bekommen. ■

## Das RentenPlus



### Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif

**Das RentenPlus** ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge und deren Angehörige. Das RentenPlus bietet zwei Vorsorgevarianten:

<b>Rentenversicherung</b> Mit der Rentenversicherung setzen Sie auf die solideste Form der Finanzierung Ihrer privaten Altersvorsorge. Das Kapital wird in eine sicherheitsorientierte Anlage mit einer Garantieverzinsung von 2,25% investiert.	<b>Fondssparplan</b> Mit dem Fondsprodukt setzen Sie auf eine hervorragende Zukunftsvorsorge mit starken Referenzen: Die UniProfiRente wurde von den unabhängigen Experten von Finanztest erneut empfohlen: „Geht es Ihnen vor allem um die hohen Renditechancen, empfehlen wir die UniProfiRente.“ (Finanztest 11/2009)
---	---

**Jetzt persönliches Angebot anfordern**  
Bitte per Fax an 0180 500659081 oder im Internet unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



# Gastbeitrag



Der Kunsthistoriker Professor Dr. Michael Mönninger über den Überlebenskampf in deutschen Klassenzimmern

## Helden des Alltags

Wenn Eltern zweifeln, ob ihre Kinder gute Lehrer haben, können sie sich mit Bertolt Brecht trösten. Der schrieb einmal ein flammendes Lob auf schlechte Schulen und böse Erzieher. Denn die hätten ihn mit ihrer Willkür und Ungerechtigkeit schon früh auf die Härte des Erwachsenenlebens vorbereitet, in dem es nicht nett zugehe, sondern der Klassenkampf tobe.

Um die Wertschätzung des Lehrerberufs steht es trotz PISA-Schocks nicht gut. Altkanzler Schröders Wort von den „faulen Säcken“ findet immer noch zustimmendes Gelächter. In der Reihe der Traumberufe sind Pädagogen ähnlich vom Mythos zur Folklore herabgesunken wie zuletzt Piloten und Stewardessen. Auch das intellektuelle Renommee von Lehrern schwächelt. Lang ist es her, dass Schulmeister zu Geistesgrößen aufstiegen, wie es bei den Gymnasiallehrern und späteren Welthistorikern Ranke, Droysen, Mommsen oder Spengler der Fall war. Über Lehrer also nichts Gutes? Im Gegenteil: Selbst wenn ein Gespräch über gute Pädagogen ein Schweigen über viele schlechte einschließt, so ist es höchste Zeit, diesem schweren Beruf einmal mit Pauken und Trompeten allerhöchstes Lob zu singen: Lehrer und Lehrerinnen sind Helden des Alltags, Pioniere der Lebensbewältigung, Experten für alle Daseinsfragen und einsame Vorkämpfer für Erweckungserfahrungen. Aus der bloßen Konsumentenperspektive eigener Schulerfahrungen kann niemand ermessen, was der tägliche Nahkampf mit zwei, drei Dutzend lebendiger Wesen bedeutet, die respektiert, interessiert, angeleitet und motiviert werden müssen. Unterricht sollte man sich als



die intensivste Live-Erfahrung vorstellen, für die es selbst in unserer überkommunikativen Palaverkultur keinen Vergleich gibt. Kein Politiker oder Showmaster würde jeden Tag fünf- bis sieben Stunden auf Sendung gehen – und das ohne den Begleitschutz von Referenten, Ghostwritern und Claqueuren.

Zudem müssen Lehrer jeden Morgen von Neuem das unerschütterliche Urvertrauen ins Klassenzimmer mitbringen, dass alle Menschenkinder – trotz ihrer klingelnden Handys und quadratförmigen Spielkonsolenaugen – von Natur aus gut sind und vor Neugier platzen. Wer diesen Grundoptimismus nicht hat, der wird Störmanöver und Desinteresse der Zöglinge schnell persönlich nehmen und in eine Abwärtsspirale der negativen Aufmerksamkeit gerissen, an deren Ende nervöse Zerrüttung und Vorruhestand stehen. An Frühpensionierungen für kampferprobte Polizisten und Militärs stört sich kaum jemand. Aber ausgebrannte Lehrer mit vergleichbarer Fronterfahrung gelten als Drückeberger. Man erspare sich pathetische Reden über die schicksalsbestimmende Rolle der Pädagogen. Es genügt, beim nächsten Elternabend weniger laut Klage zu führen und neuen Grundrespekt vor den Helden des alltäglichen Klassenkampfes zu entwickeln. Wenn das auf die Kinder abfärbt, können sich sogar die schlechten Lehrer noch bessern. ■

## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Das Seminar wird vom INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das aktuelle Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder. Die Teilnahme eignet sich insbesondere für Mitglieder von Personalvertretungen und Sachbearbeiter in Behörden oder sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

**Referent** Dipl. Verw. Uwe Tillmann, Geschäftsführer des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V. und Autor mehrerer Fach-Veröffentlichungen zum Thema Beamtenversorgung und Mitautor etlicher Ratgeber für den öffentlichen Dienst. Das Seminar wird praxisnah durchgeführt und orientiert sich auch an Fragen der Teilnehmer/innen. Mehr Informationen und Anmeldung unter [www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

### Anmeldung per Fax 0180 5329226

Teilnehmergebühr **295 Euro** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

Ja, ich melde mich verbindlich für das Seminar an:

- 21.10.2010 Düsseldorf\*
- 28.10.2010 Frankfurt a.M.\*
- 24.11.2010 Hannover\*

\* Die Seminare beginnen um 9.30 Uhr (Ende ist ca. 17.00 Uhr) und finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung statt (Nähe HBF). Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

## INFO-SERVICE

Öffentlicher Dienst/Beamte

[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

Einrichtung/Organisation

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Unterschrift

# Meldungen

Bahn

## Vermittlungsprojekt für Beamte

Seit der außerordentlichen Personalversammlung Anfang August steht fest: Für die zugewiesenen Beamtinnen und Beamte gibt es bei Vodafone keine Zukunft. Um ihnen eine amtsangemessene Beschäftigung im DB-Konzern zuzuweisen, haben das Bundesbahnvermögen (BEV) und der DB JobService ein Vermittlungsprojekt aufgelegt. Wie im letzten Beamten-Magazin berichtet, sehen die Personalabbaupläne des Telefonanbieters vor, 194 Beamtinnen und Beamte zum BEV zurückzuführen, was von TRANSNET und GDBA scharf kritisiert worden war.

Auch nach der Personalversammlung besteht Klärungsbedarf. Beurlaubte Beamte will Vodafone behalten, einige sollen sich in einem neuen Unternehmen im „Field Service“ wiederfinden. Wen Vodafone aber wegschickt, der wird mit erheblichen sozialen und finanziellen Einbußen rechnen müssen. Wie es auf der Personalversammlung hieß, hat der DB JobService im Rahmen des „Vermittlungsprojekts Beamte Vodafone“ alle zugewiesenen Beamtinnen und Beamten zu regionalen Informationsveranstaltungen eingeladen. Das Projekt soll jeder und jedem „die Chance auf einen beruflichen Neubeginn im Bahnkonzern“ bieten. Es sollen konkrete Möglichkeiten für den Einstieg im DB Konzern dargestellt und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein persönlicher Personalberater zur Seite gestellt werden. TRANSNET will betroffene Beamtinnen und Beamte in den gewerkschaftseigenen Servicebüros qualifiziert beraten. ■

Bund

## DGB kritisiert Rückzug des Staates

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse entsprechen nicht dem, was sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hierzulande

wünschen und vorstellen. 92 Prozent der Beschäftigten suchen dem DGB-Index Gute Arbeit zufolge verlässliche und dauerhafte Arbeitsplätze. Für den DGB heißt die arbeitsmarktpolitische Konsequenz deshalb: Beschäftigungspolitik muss auch mit dem Ausbau von Beschäftigung im öffentlichen Dienst einhergehen. Er ist der Schlüssel zur Vollbeschäftigung.

Statt der besorgniserregenden Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einem Ausbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu begegnen, sei der Rückzug des Staates regelrecht greifbar, heißt es in einer Analyse des Gewerkschaftsbundes dazu. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sei mit einem Anteil von etwa 10 Prozent an der Gesamtbeschäftigung in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen. Die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege sei teilweise mangelhaft.

Andere europäische Länder, so der DGB, haben in dieser Hinsicht einen Vorsprung. In den skandinavischen Ländern und in Frankreich liege der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung weit über 25 Prozent. Großbritannien, die Niederlande und die USA lägen mit über 15 Prozent im Mittelfeld, Deutschland, Griechenland und Polen seien die Schlusslichter. Wäre der

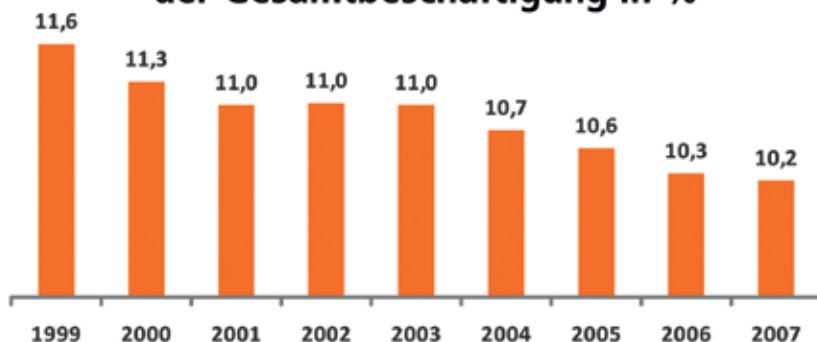
Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Dienst Deutschlands also in etwa so hoch wie in Großbritannien, könnten Arbeitsplatzlücken in nicht unerheblichem Maße geschlossen werden, meint der DGB. ■

## Forschungsprojekt zur Mitbestimmung

Die Hans-Böckler-Stiftung hat sich der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst angenommen, insbesondere der von Personalvertretungen bei ressortübergreifenden Angelegenheiten. Auf der Ebene des Bundes gebe es bislang, anders als in einigen Bundesländern, keinerlei Regelungen. Gerade bei besonders umfassenden Vorhaben bestünden Regelungslücken. Im Abschlussbericht der Studie „Ressortübergreifende Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ unter Leitung von Professor Dr. Monika Böhm wird erstmals ein umfassender Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Staatspraxis gegeben und eine mögliche Regelung vorgeschlagen.

Ausgangspunkt der Studie ist, dass es bei vielen grundlegenden Angelegenheiten, z. B. der Schaffung von Dienstleistungszentren oder der Neugliederung von Behörden, Lücken in der Mitbestimmung gibt. Auf der Ebene der jeweiligen Ressorts könnten Personalräte immer nur Teilaspekte aufgrei-

### Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung in %



Quelle: ILO, eigene Berechnung

# Meldungen

fen. Gleichzeitig vergebende der Dienstherr die Chance, den Sachverstand der Beschäftigtenvertreter einzubinden und die Akzeptanz für Neuordnungen unter den Beschäftigten zu steigern. Durch die Einbindung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften könnten laut Studie die vorhandenen Lücken beseitigt und einer „Atomisierung der Interessen auf Ressortebene“ entgegen gewirkt werden.

Für die Studie wurden der verfassungsrechtliche Rahmen der ressortübergreifenden Mitbestimmung sowie vorhandene Regelungen in Bund und Ländern ausgewertet und systematisiert. Beispiele ressortübergreifender Vereinbarungen zwischen Dienstherren und Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und die Rechtsprechung zu

den Länderregelungen wurden zusammengestellt. Mit Hilfe von Experteninterviews sind praktische Erfahrungen eingeflossen. Darauf aufbauend enthält die Studie Vorschläge, wie die vorhandenen Regelungslücken geschlossen werden können. Auch ein Gesetzentwurf wird vorgestellt.

Verfassungsrechtlich sei die Mitbestimmung der Koalitionen stärker verankert als die Mitbestimmung durch Personalvertretungen, die, so die Studie, überdies nur für den Bereich legitimiert sind, für den sie gewählt wurden. Die Einschränkungen beim Streikrecht und beim Abschluss von Tarifverträgen könnten und sollten, so die Empfehlung, durch eine stärkere Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bei ressortübergreifenden Angelegenheiten

zumindest teilweise kompensiert werden. Für Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg lägen dazu langjährige positive Erfahrungen vor. Hervorzuheben sind Effizienzgewinne und befriedende Wirkungen. Im Übrigen habe das Bundesverfassungsgericht die ressortübergreifende Mitbestimmung bei Wahrung der Regierungsverantwortung als zulässig angesehen. Der in der Studie für den Bund vorgestellte Regelungsvorschlag orientiert sich an § 59 des schleswig-holsteinischen Mitbestimmungsgesetzes. ■



Monika Böhm, Mitbestimmung von Personalvertretungen im Bund bei ressortübergreifenden Angelegenheiten bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Gutachten, Abschlussbericht, Marburg 2010. Die Studie erscheint in Kürze.

– Anzeige –



## Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter [www.dbw-online.de/onlineservice](http://www.dbw-online.de/onlineservice).

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Höherweg 287  
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

**JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**



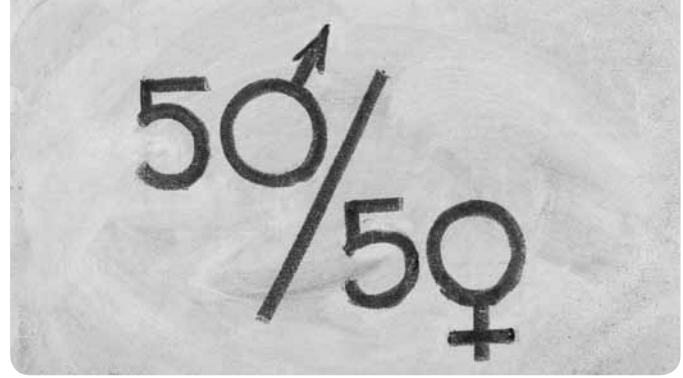


Foto: ©/Stockphoto/Marek Ullasz



**Ein zahnloser Tiger sei das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst in Thüringen, meint der DGB, denn es sei faktisch wirkungslos. Dabei sei die Landesregierung nach Artikel 2 der Thüringer Verfassung verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Thüringen herbeiführen. Um das Gesetzgebungsverfahren für die dringend notwendige Novellierung des Gleichstellungsgesetzes zu beschleunigen, hat der Landesfrauenausschuss des DGB Thüringen jetzt einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt.**

Das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst sei faktisch wirkungslos, kritisiert die Vorsitzende des Landesfrauenausschusses des DGB Silke Bemann die geltenden Regelungen. Dies sei seit Jahren bekannt, ohne dass aus dieser Tatsache Konsequenzen gezogen würden. In Zusammenarbeit mit Dr. Ingrid Weber vom Deutschen Juristinnenbund hat der Landesfrauenausschuss jetzt einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet.

### **Ausweitung des Geltungsbereichs**

Künftig soll das Gleichstellungsgesetz für Privatfirmen, die das Land errichtet, ebenso gelten wie für Einrichtungen des Landes, die in juristische Personen privaten Rechts umgewandelt werden. Bisher beschränkt sich der Wirkungskreis des Gleichstellungsgesetzes auf Verwaltungen des Landes, kommunale Gebietskörperschaften und sonstige dem Land unterstellte Einrichtungen sowie die Gerichte und Hochschulen.

### **Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten**

Hier sieht der Gesetzentwurf u. a. vor, dass die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten durch die Einführung der aufschiebenden Wirkung ihres Beanstandungsrechts gestärkt wird. Sie soll auch das Verwaltungsgericht anrufen können, wenn die Dienststelle ihre Rechte verletzt. In Einrichtungen und Dienststellen mit 100 bis 400 Beschäftigten soll die Gleichstellungsbeauftragte vollständig freigestellt werden.

### **Verbindliche Quoten in Gremien, Delegationen und Kommissionen**

Bei Benennungen, Vorschlägen und Entsendungen in Gremien, öffentliche Ämter, Delegationen, Kommissionen und repräsentative Funktionen sollen Frauen zur Hälfte berücksichtigt werden. Wenn nur eine Person aufgestellt werden kann, soll es alternierende Vorschläge geben.

### **Koppelung öffentlicher Auftragsvergabe an Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Aufträge oder Bauleistungen ab einem bestimmten Auftragswert sollen nach dem Gesetzentwurf des DGB nur an Unternehmen vergeben werden können, die sich verpflichten, das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im eigenen Betrieb zu fördern.

### **Wirksame Sanktionen bei Verstößen**

Im derzeitigen Gleichstellungsgesetz fehlen Sanktionen vollständig. Der Entwurf sieht vor, dass bei Verstößen gegen Vorschriften bei Ausschreibungen, Einstellungen und Beförderungen die nächsthöhere Dienststelle ein Veto einlegen muss. Werden die Ziele des Gleich-

## Verbindliche Quoten und wirksame Sanktionen

DGB-Landesfrauenausschuss legt Entwurf für Thüringer Gleichstellungsgesetz vor

### **Einführung verbindlicher Quoten**

Bei Einstellungen und Beförderungen sollen auf allen Hierarchieebenen, in allen Laufbahnen und Besoldungsgruppen verbindliche Quoten eingeführt werden. Danach sollen Frauen – bei gleichwertiger Qualifikation wie männliche Bewerber – so lange bevorzugt eingestellt bzw. befördert werden, bis ihr Anteil in der betreffenden Laufbahn oder Berufsfachrichtung der Dienststelle 50 Prozent beträgt. Das sei sehr viel konkreter als die bisherige Formulierung, nach der der Frauenanteil zu erhöhen ist, wenn in einzelnen Bereichen weniger Frauen als Männer beschäftigt sind.

stellungsplans innerhalb von zwei Jahren nicht erreicht, soll die Dienststelle die Gründe dafür schriftlich darlegen müssen. Die nächsthöhere Dienststelle soll dann in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten Vorschläge machen, wie die Vorgaben erfüllt werden können.

„Wir hoffen sehr, dass die Landesregierung und die Landtagsfraktionen diesen Gesetzentwurf aufgreifen und schnellstmöglich in Kraft setzen. Dadurch würde sich die Situation der Frauen in Thüringen erheblich verbessern“, kommentierte die Vorsitzende des DGB Thüringen Renate Licht die Initiative des Landesfrauenausschusses. ■

# Aus den Ländern

## Baden-Württemberg

### Mitbestimmung bleibt Kritikpunkt an Reform

„Die Richtung stimmt, weitere Schritte sind nötig“ – mit diesen Worten hat der Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg Niko-



Marion von Wartenberg (DGB), Markus Kling (DGB, re.), Thomas Schwarz (ver.di, li.) und Rüdiger Seidenspinner (GdP) setzten sich im Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Peter Hauk (Mitte) für Verbesserungen im Gesetzentwurf für eine Dienstrechtsreform ein.  
Foto: DGB Baden-Württemberg

laus Landgraf die vom Kabinett beschlossene Dienstrechtsreform kommentiert. Positiv vermerkt der DGB, dass künftig Beschäftigungszeiten vor dem Eintritt in den Beamtenstatus stärker anerkannt werden. Kritikpunkte bleiben die Anhebung des Pensionseintrittsalters von 65 auf 67 Jahre, fehlende Beschlüsse zur Gesundheitsprävention und die eingeschränkte Mitbestimmung der Personalvertretungen. Die geplante Einführung eines Evokationsrechtes hält der DGB für einen Rückfall in längst überwundene Zeiten. In dem Verfahren, das in Fragen von Arbeitszeitregelungen oder der Lohngestaltung angewendet wird, entscheidet im Streitfall bisher ein paritätisch vom Dienstherrn und dem Personalrat besetztes Gremium. Nun soll die oberste Dienstbehörde dessen Beschluss ohne Anhörung der Beteiligten aushebeln können. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk will die Regelung nochmals prüfen, wie er im Gespräch mit den Gewerkschaften sagte. Er möchte auch die Möglichkeit ausloten, Dienstherrn zur Gesundheitsvorsorge zu verpflichten. ■

## Bayern

### Gewerkschaften möchten Reform mit umsetzen

Der bayerische Landtag hat die Dienstrechtsreform beschlossen. Sie tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Der DGB erkennt einige positive Beschlüsse, etwa bessere Beförderungsmöglichkeiten und die Umgestaltung des Laufbahnrechts, durch die eine Vielzahl von Laufbahnen gebündelt wurde. Nun komme es darauf an, wie die Vorgaben in der Praxis umgesetzt werden. Der DGB will sich dabei mit seinen Mitgliedsgewerkschaften einbringen. Er hat daher alle Regierungsressorts angeschrieben und darauf hingewiesen, dass die neuen Regelungen im Laufbahngesetz der Beteiligungspflicht unterliegen. ■

## Berlin

### Finanzbeamte rechnen sich

Der DGB beklagt Defizite in der Steuerprüfung, weil den Finanzämtern in Berlin Personal fehle. Bei Betrieben und Vermögenseinkünften werde nicht genug kontrolliert, bemängelt die Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Das lade zur Steuerhinterziehung geradezu ein. Handlungsspielräume für eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten in der Gesellschaft blieben ungenutzt. „Schon 2006 hat der Bundesrechnungshof mangelnde Prüfungen bei der Umsatzsteuer und bei Einkommensmillionären gerügt“, sagt Zinke. Seitdem sei die Personalausstattung der Finanzämter weiter gesunken, in Berlin von 92 auf 86,2 Prozent des Bedarfs, den die Senatsverwaltung errechnet habe. Der Finanzsenator stelle nun die Zielmarke von 90 Prozent in Frage. Seine Verwaltung bezeichnete eine Abdeckung von 88 Prozent als ausreichend. „Finanzbeamtinnen und -beamte rechnen sich“, betont Zinke. Ein Umsatzsteuersonderprüfer beispielsweise bringe jährlich mehr als das Zehnfache seiner Personalkosten an Steuermehreinnahmen ein. ■

## Brandenburg

### Verwaltungspraktikum soll bezahlt werden

Praktikantinnen und Praktikanten in der Brandenburger Landesverwaltung sollen mit monatlich 300 Euro entlohnt werden. Das fordert der DGB. Brandenburg sei neben Berlin und Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, in dem Studierende der Öffentlichen Verwaltungswirtschaft kein Entgelt erhalten. „Vielen Studierenden fehlt durch verpflichtende Praktika die Zeit, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen“, kritisiert die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke. In den übrigen Ländern würden die Studierenden in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf aufgenommen. Sie erhielten für die Dauer ihres Studiums Anwärterbezüge, die bis zu 1.000 Euro monatlich betrügen. ■

## Bremen

### DGB: Sparen auf Kosten der Qualität

In der Bremer Verwaltung gibt es mehr hoch bezahlte Beschäftigte als Sachbearbeiter/innen mit niedrigeren Einkommen. Das hat das Finanzressort ermittelt und will die Beschäftigtenstruktur ändern. Es plant wieder mehr Jobs, für die kein Abitur nötig ist. Das soll auch dazu beitragen, bis 2020 die Entlohnung abzusenken. Bremen muss bis dahin ein Defizit von einer Milliarde Euro abbauen. Der DGB wirft dem Finanzressort vor, mit diesen Äußerungen eine „Treibjagd auf den öffentlichen Dienst“ eröffnet zu haben „wie sie ansonsten den Boulevardblättern und dem Steuerzahlerbund vorbehalten ist“. Im höheren und gehobenen Dienst seien größtenteils hoch qualifizierte Fachkräfte, weil die Anforderungen an den öffentlichen Dienst gestiegen seien. Wer Qualität wolle, müsse sie auch bezahlen. Niemand hindere Senatorin Karoline Linnert (Grüne) daran, dafür zu sorgen, dass mehr Haupt- und Realschüler/innen eingestellt werden. Sie sollen jedoch den Anfor-

# Aus den Ländern

derungen an eine moderne, serviceorientierte Verwaltung entsprechend qualifiziert werden. Die Schlussfolgerungen des Finanzressorts lassen laut DGB weniger die Sorge um geringer qualifizierte Menschen erkennen als vielmehr das Bemühen, auf Kosten von Qualität und Beschäftigten Geld zu sparen. ■

Hamburg

## ver.di organisiert Unterstützung für Beamte

ver.di hat die Öffentlichkeit zum Protest gegen Privatisierungen und Einschnitte im öffentlichen Dienst aufgerufen. Mit der Volksinitiative „Die Stadt gehört uns“ will die Gewerkschaft ein Vetorecht der Bürger/innen gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen erreichen. Außerdem sammelt ver.di Unterschriften gegen die geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes. Die bislang knapp 3.000 Unterzeichner/-innen des Protestaufrufs fordern den Senat auf, den Haushalt nicht allein auf Kosten der Beamtinnen und Beamten zu sanieren und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern. Der Protestaufruf steht im Internet unter: <http://www.informationsgesellschaft.com/Unterschriftensammlung.html>. ■

Hessen

## Körzell sorgt sich um Kommunen

Auf einer Sommertour durch hessische Kommunen hat sich der Vorsitzende des DGB-Bezirks Stefan Körzell über die Folgen der Sparpläne des Landes informiert. Körzell besuchte Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge wie die Müllabfuhr, eine Kindertagesstätte, das Gesundheitszentrum Odenwald in Erbach und das Klinikum Darmstadt. Wie die meisten anderen Krankenhäuser hat das Darmstädter Klinikum zu wenig Personal. OP-Fachkräfte werden händeringend gesucht, es fehlt an Pflegekräften und Ärzten. „Wir müssen sparen - also legen wir zusammen und



Auch das Gesundheitszentrum Odenwald hat Schwierigkeiten, Ärzte zu finden. Stefan Körzell im Gespräch mit Stationsschwestern. Foto: Ute Fritzel

strukturieren um“, erläutert Klinikdezernent Molter. Körzells Besuch stand unter dem Motto „Vorfahrt für Kommunen - Kommune sind wir“. Die parteiübergreifende Initiative, die der DGB gestartet hat, setzt sich für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden ein. Hintergrund ist, dass die Landesregierung 400 Millionen Euro bei den Kommunalfinanzen sparen will. Körzell betont: „Kommunen stellen Kindergärten und Schulen zur Verfügung, machen sauber und entsorgen Müll. Sie kümmern sich um Armut und Arbeitslosigkeit. Sie qualifizieren und integrieren. Ohne sie gibt es kein Zusammenleben im demokratischen Gemeinwesen.“ ■

Mecklenburg-Vorpommern

## DGB: Regelung benachteiligt Leistungsträger

Der DGB Nord hat seine Kritik am Entwurf für eine neue Laufbahnverordnung in Mecklenburg-Vorpommern erneuert. Er äußert sein Bedauern darüber, dass kaum eine Anregung aus dem Beteiligungsgespräch aufgegriffen wurde. Der DGB bemängelt, dass die Gewerkschaften nicht in die Ausgestaltung der Beamtenausbildung einbezogen werden. Der Aufstieg, beispielsweise in das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2, werde nicht vereinfacht. Er bleibe Spitzenbeamtinnen und -beamten vorbehalten und hänge noch dazu von Eignungsprüfungen und formalisierten Fortbildungen ab. Der DGB vermisst Regelungen, die Beschäftigten bei Beurteilungen

mehr Rechte einräumen. Quotenregelungen im Beurteilungswesen würden leistungsstarke Beamtinnen und Beamte benachteiligen, die in einer Abteilung mit weiteren Leistungsträgerinnen und -trägern arbeiten. Schwächere Mitarbeiter/innen würden bevorzugt. ■

Niedersachsen

## DGB: Haushaltskürzungen sind fatal

„Die Landesregierung versucht, den Landeshaushalt auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren, das ist fahrlässig.“ Mit diesen Worten kritisiert der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle die geplanten Kürzungen in Niedersachsen. Das Land habe kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Konjunkturpakete gingen im kommenden Jahr 600 Millionen Euro verloren. Daher solle sich Niedersachsen auf Bundesebene etwa für eine wirkungsvolle Vermögen- und Erbschaftsteuer einsetzen. Die Kürzungen, insbesondere die Einsparungen von zwei Prozent für alle Ressorts, seien fatal angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise. „Die öffentliche Hand darf ihre Ausgaben nicht zurückfahren“, warnte Tölle. Die Landesregierung laufe Gefahr, damit die Konjunktur abzuwürgen. Er appellierte auch an die Regierung, in Krisenzeiten für Beschäftigungssicherung zu sorgen. Der geplante Abbau von 1.900 Stellen im öffentlichen Dienst führe zu noch mehr Arbeitsbelastung und treffe die Bürger/innen, weil Dienstleistungen abgebaut würden. ■

Nordrhein-Westfalen

## DGB: Mitbestimmungsrechte wiederherstellen

Der DGB Nordrhein-Westfalen hofft, dass die neue Landesregierung wieder volle Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst herstellt. Die Einschnitte im Landespersonalvertretungsgesetz müssten umgehend rückgängig gemacht werden, for-

# Aus den Ländern

dert die stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Sabine Graf. Außerdem solle ein Tariftrübesgesetz verabschiedet werden, um Dumpinglöhne bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verhindern. Der DGB setzt auf eine gute Zusammenarbeit mit der rot-grünen Regierungsspitze. Ihr gehört der bisherige DGB-Bezirksvorsitzende Guntram Schneider als Arbeits- und Sozialminister an. ■

Rheinland-Pfalz

## GEW klagt über wenig attraktive Schulleiterstellen

Gute und engagierte Schulleiter/innen sind in Rheinland-Pfalz nach wie vor schwer zu finden. Die GEW klagt über diesen seit zwei Jahren fast unveränderten Zustand. Direktorenstellen müssten zwei- bis dreimal ausgeschrieben werden, bis geeignete Bewerber/innen gefunden seien. Mehr als 60 Prozent der offenen Stellen sind laut einer Stichpro-



Foto: BilderBox, Erwin Wodicka

benuntersuchung der GEW in den vergangenen vier Monaten zweimal ausgeschrieben worden, 30 Prozent noch öfter. „Das zeigt, dass die Übernahme einer Leitungsfunktion in Schulen für viele Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor unattraktiv ist“, folgert der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer aus den Zahlen. Die Hauptursache dafür sieht er in den „seit Jahren zunehmenden Anforderungen an die Schulen und Kollegien, ohne dass hierfür spürbare Entlastungen gewährt werden“. Kleinere finanzielle Anre-

ze schaffen Hammer zufolge keine deutliche Verbesserung. Er räumt jedoch ein, dass die Landesregierung erste Schritte unternommen habe, um Leitungsaufgaben attraktiver zu machen. ■

Saarland

## „Einfallloses Sparen im öffentlichen Dienst“

Eine „einfalllose Spar-Strategie“ der Landesregierung kritisiert der saarländische DGB-Vorsitzende Eugen Roth. Der Regierung sei nichts weiter eingefallen als erneut bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anzusetzen. Im Haushalt 2011 ist eine Nullrunde bei den Einkommen geplant. Roth sagte, die Vergangenheit habe gezeigt, wie wenig sinnvoll symbolische Sparaktionen im öffentlichen Dienst seien. Trotz Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, trotz Stellenkürzungen werde immer weiter Druck ausgeübt. Der DGB erwarte einen „grundlegenden und dringend nötigen Politikwechsel“ und Vorschläge, damit sich die Einnahmen des Landes verbessern. Roth zählt dazu eine Vermögensteuer. Forderungen der Wirtschaftskammern nach Stellenabbau kritisierte er. Damit schädige sich die Wirtschaft selbst. Wenn sich die Qualität öffentlicher Dienstleistungen durch die geplanten Einsparungen verschlechtere, treffe das besonders kleine und mittlere Unternehmen. ■

Sachsen

## DGB: Kürzung gefährdet Lebensstandard

Der DGB Sachsen hält die geplante Streichung der Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte für ungerechtfertigt. Andere Gründe für den Gesetzentwurf als fiskalische seien nicht ersichtlich, diese reichten jedoch laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für eine Kürzung nicht aus. Selbst das Finanzministerium stufe diese nicht mehr als zwingend ein, merkt der DGB in einer Stellungnahme

an. Der DGB sieht in dem Vorhaben ein „Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten“ aus Anlass eines Sparkonzepts, das angesichts der Haushaltssituation nicht notwendig und angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise falsch sei. Den Beamtinnen und Beamten werde das Gefühl vermittelt, dass sie die Kosten der Krise tragen müssten. Durch die Streichung der Sonderzahlung sinke die jährliche Nettobesoldung um bis zu vier Prozent. „Dies ist eine unzumutbare Kürzung“, moniert der DGB. Der angemessene Lebensstandard, für den der Dienstherr verfassungsgemäß zu sorgen habe, „ist in diesem Fall unbestritten gefährdet“. ■

Sachsen-Anhalt

## Neue Fortbildungen für Lehrer

Auf die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern richtet Sachsen-Anhalts Kultusministerin in diesem Schuljahr den Fokus. Dr. Birgitta Wolff (CDU) fordert Standards in der Hochschulausbildung, die beschreiben, welche Kompetenzen in Vorbereitung auf den Lehrerberuf erworben werden müssen. Dazu sollen neben fachlichen und pädagogischen Kompetenzen auch Managementfähigkeiten gehören, die wegen der zunehmenden Eigenverantwortung von Schulen gefragt seien. Ein Gutachten zur Lehrerfortbildung soll Ende des Jahres vorliegen. Auf dessen Basis soll ein neues Fortbildungskonzept entwickelt werden. Eine Arbeitsgruppe zur Neugestaltung hat sich gegründet. Auf die Fortbildung in der Schule wird Wolff zufolge besonderer Wert gelegt. Mit Mitteln der Europäischen Union könnten zusätzliche Weiterbildung und Fremdsprachenkurse ermöglicht werden. ■

Schleswig-Holstein

## Weniger Freistellungstage vorgesehen

Der DGB verbucht Teilerfolge mit seiner Kritik an dienstrechtlichen Änderungen für schleswig-

# Aus den Ländern

holsteinische Beamtinnen und Beamte. Das Mitbestimmungsgesetz bleibe im Kern unverändert, teilt der DGB mit. Dennoch kämpft er für Korrekturen. Denn im Kabinettsbeschluss zum Haushaltsbegleitgesetz ist vorgesehen, die Freistellungsstaffel für die örtlichen Personalräte anzuheben. Die erste volle Freistellung eines Personalrats wäre damit nicht mehr ab 200 Beschäftigten, sondern erst ab 300 möglich. Für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen ist pro Personalratsmitglied nur noch ein Freistellungsanspruch von zehn Arbeitstagen vorgesehen. Protest erzeugen auch Änderungen der Mitbestimmungsvor-

schriften im neuen Hochschulgesetz. Demnach wäre der Personalrat bei organisatorischen Veränderungen an der Universitätsklinik nicht mehr eingebunden. Umstrukturierungen würden damit behindert, rügen DGB, ver.di und GEW. ■

Thüringen

## Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

Thüringen will die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 42 auf 40 Stunden senken, im Gegenzug jedoch die Lebensarbeitszeit anheben. Der DGB lehnt eine Er-

höhung des Pensionseintrittsalters von 65 auf 67 Jahre ab. „Die wöchentliche Arbeitszeit hat nichts mit der Lebensarbeitszeit zu tun“, erklärte die Vorsitzende des DGB Thüringen Renate Licht. Eine höhere Altersgrenze führe sowohl bei Rentempfängerinnen und -empfängern als auch bei Pensionärinnen und Pensionären zu einer Kürzung ihrer Altersbezüge. Unverantwortlich sei das Vorhaben im Polizeivollzug und bei der Feuerwehr. Die besondere Altersgrenze von 60 Jahren für diese Beschäftigten habe ihren Grund in der außerordentlichen Belastung, die bei vielen zu Gesundheitsproblemen führe. ■

## Porträt



Im Porträt: Andrea de Groot, Studienrätin

## „Unterrichten ist das Wichtigste“

Am 23. August beginnt für Andrea de Groot das neue Schuljahr ... und sie ist voller Erwartungen, was es wohl bringen möge. Nach einem Jahr an der Anna-Freud-Oberschule in Berlin bereut sie ihren Entschluss, sich in der Hauptstadt beruflich neu orientiert zu haben, nicht. Vom Wilhelm-Normann-Berufskolleg in Herford mit gewerblich-technischer Ausrichtung ist de Groot 2009 an das Oberstufenzentrum für Sozialwesen gewechselt. Im westfälischen Herford lernte die mehrheitlich männliche Schülerschaft alles rund um den Bau eines Hauses und dessen Ausstattung. Als Klassenlehrerin mehrerer Klassen unterrichtete de Groot die Fächer Farbtechnik und Raumgestaltung sowie Politik. Heute sitzen der Studienrätin überwiegend Mädchen und junge Frauen gegenüber, die unterschiedliche Bildungswege gegangen sind und sich an der Anna-Freud-Oberschule auf verschiedenen Wegen weiterqualifizieren. Vom mittleren Schulabschluss über die allgemeine Hochschulreife bis zur Doppelqualifikation mit Abitur und staatlicher Anerkennung als Erzieherin ist vieles möglich. Andrea de Groot fühlt sich wohl an ihrer neuen Schule, besonders die Fachschulklassen zu unterrichten, sei „supertoll, weil alle ihre eigene Geschichte mitbringen. Da gibt es z. B. auch die Mutter, die mal für zehn Minuten verschwindet, weil sie ihrem Kind die Tür aufschließen muss“, erzählt die 42-Jährige. Sie beein-



drucke, wie sehr die Schülerinnen und Schüler den Wert von Bildung zu schätzen wüssten. „Die wissen, was sie wollen.“

Bei Andrea de Groot war das nach dem Abitur nicht ganz so klar. Es war ihr Berufsschullehrer Lorenz Göbel, der ihr nach der Ausbildung zur Schauwerbegestalterin das Stu-

dium der Fächer Farbtechnik und Raumgestaltung in Kombination mit Politik für das technisch-wissenschaftliche Lehramt nahegelegt hatte: „Du wirst Lehrerin. Wir brauchen Leute wie dich“, waren seine Worte und de Groot bedauert nicht, dass sie seinem Rat gefolgt ist. 2007 hat de Groot nach einer neuen Herausforderung gesucht ... und sie in einem weiteren Studium gefunden. An der Uni Paderborn hat sie im gleichen Jahr begonnen, Kunst zu studieren und das Studium 2009 mit dem 1. Staatsexamen abgeschlossen. An der Anna-Freud-Oberschule unterrichtet sie heute Kunst, Politik und Soziologie und schwärmt von der nicht ganz alltäglichen Fächerkombination: „Jedes politische Thema lässt sich künstlerisch verarbeiten.“ ■



Besoldung spezial

## Lehrerbezahlung: Wer bietet mehr?

Seitdem jedes Land für das Dienstrecht seiner Beamtinnen und Beamten zuständig ist und damit auch die Besoldung regeln kann, hat sich die Schere bei der Bezahlung von Lehrkräften weit geöffnet. Inzwischen unterscheidet sich selbst die Struktur der Besoldung: Einige Länder halten am Dienstaltersprinzip fest und entlohnen ältere Berufsanfänger/innen mit einer höheren Einstiegsbezahlung. Andere haben auf Erfahrungsstufen umgestellt und bezahlen Berufsanfänger/innen altersunabhängig. Das Gehalt steigt mit der Berufserfahrung. Auch die in einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Schulformen und Abgrenzungen zwischen den Lehrämtern führen zu Besoldungsunterschieden, was sich insbesondere für die Schulformen der Sekundarstufe I zeigt.

Eine von der GEW erarbeitete Übersicht über die Gehälter vergleicht als kleinsten gemeinsamen Nenner und zugleich „unteren“ und „oberen“ Rand die Lehrämter „Grundschule“ und „Studienrätin/rat am Gymnasium“. Grundschulen sind überall der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet, an Gymnasien gilt die Besoldungsgruppe A 13. Wegen der teilweise vorhandenen Unterschiede je nach Einstiegsalter werden in der Tabelle Berufsanfänger/innen mit 27 Jahren (Minimum nach Abitur, Wehr- oder Zivildienst, Studium und Referendariat) und mit 31 Jahren (Durchschnittsalter nach dem Referendariat) abgebildet. Da einige Bundesländer Lehrkräfte grundsätzlich nur im Angestelltenverhältnis ein-



stellen, enthält die Tabelle die bundesweit einheitlichen Bruttowerte für angestellte Lehrkräfte an Grundschulen bzw. Gymnasien. ■



Die Tabelle steht zum Download auf [www.gew.de/Lehrerbezahlung\\_Wer\\_bietet\\_mehr.html](http://www.gew.de/Lehrerbezahlung_Wer_bietet_mehr.html)

## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Das Seminar wird vom INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/ Beamte durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das aktuelle Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder. Die Teilnahme eignet sich insbesondere für Mitglieder von Personalvertretungen und Sachbearbeiter in Behörden oder sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

**Referent** Dipl. Verw. Uwe Tillmann, Geschäftsführer des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V. und Autor mehrerer Fach-Veröffentlichungen zum Thema Beamtenversorgung und Mitautor etlicher Ratgeber für den öffentlichen Dienst. Das Seminar wird praxisnah durchgeführt und orientiert sich auch an Fragen der Teilnehmer/innen. Mehr Informationen und Anmeldung unter [www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

### Anmeldung per Fax 0180 5329226

Teilnehmergebühr **295 Euro** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

Ja, ich melde mich verbindlich für das Seminar an:

- 21.10.2010 Düsseldorf\*  
 28.10.2010 Frankfurt a.M.\*  
 24.11.2010 Hannover\*

\* Die Seminare beginnen um 9.30 Uhr (Ende ist ca. 17.00 Uhr) und finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung statt (Nähe HBF). Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

## INFO-SERVICE

Öffentlicher Dienst/Beamte

[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

Einrichtung/Organisation

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Unterschrift

# Service

## → Besoldungsvergleich Bundesländer

Beispiel: Lehrerin in Grundschule A12 und Gymnasium A13, jeweils Berufsanfängerin, ledig, ohne Kinder, Alter 27 bzw. 31 Jahre  
Monats-Bruttogehalt in Euro, gültig ab 1. März 2010

	A 12 (Grundschule)		A 13 (Studienrat)		Bemerkungen
	Einstieg 27 Jahre	Einstieg 31 Jahre	Einstieg 27 Jahre	Einstieg 31 Jahre	
Baden-Württemberg	2.926,85	3.067,67	3.359,30	3.511,43	kein Weihnachtsgeld
Bayern	3.007,10	3.288,99	3.363,46	3.667,87	Weihnachtsgeld 65 %, Dienstanfänger 70 %
Berlin	2.697,46	2.822,08	3.093,95	3.242,37	theoretisch, da Berlin seit 2004 nicht mehr verbeamtet. Angestellte bekommen z. Zt. außertariflich sofort die Endstufe EG11 (3.628 Euro) bzw. EG13 (4.155 Euro)
Brandenburg	2.867,71	3.006,59	3.369,58	3.519,58	Weihnachtsgeld mind. 500 Euro
Bremen	2.906,98	3.047,78	3.339,39	3.491,45	kein Weihnachtsgeld
Hamburg	2.830,00	2.830,00	3.180,00	3.180,00	seit Feb.2010 keine Altersstufen mehr; Weihnachtsgeld 66 % bis A 12, 60 % ab A 13
Hessen	3.033,39	3.181,36	3.487,85	3.647,68	kein Weihnachtsgeld
Mecklenburg-Vorpommern	(EG11 mit „Lehrerabschlag“: 2.602,41, nach 6 Monaten 2889,06)		(EG13: 3.064,54, nach 6 Monaten 3.403,31)		Mecklenburg-Vorpommern verbeamtet Lehrkräfte nicht. In Klammern die Werte des TV-L
Niedersachsen	2.909,78	3.191,68	3.266,14	3.570,55	kein Weihnachtsgeld
Nordrhein-Westfalen	2.906,98	3.047,78	3.262,99	3.415,05	Weihnachtsgeld 30 % eines Monatsgehalts
Rheinland-Pfalz	2.992,73	3.136,70	3.434,87	3.434,87	kein Weihnachtsgeld
Saarland	2.854,48	2.854,48	3.351,31	3.351,31	altersunabhängige Erfahrungsstufen, kein Weihnachtsgeld
Sachsen	(EG11 mit „Lehrerabschlag“: 2.602,41, nach 6 Monaten 2889,06)		EG13: 3.064,54, nach 6 Monaten 3.403,31)		Sachsen verbeamtet Lehrkräfte nicht. In Klammern die Werte des Tarifvertrags TV-L
Sachsen-Anhalt	2.787,01	2.787,01	3.208,19	3.208,19	altersunabhängige Erfahrungsstufen, kein Weihnachtsgeld
Schleswig-Holstein	2.927,83	3.068,63	3.283,84	3.435,90	kein Weihnachtsgeld
Thüringen	2.828,19	3.028,19	3.332,48	3.332,48	altersunabhängige Erfahrungsstufen, kein Weihnachtsgeld
<b>Durchschnitt</b>	<b>2.891,18</b>	<b>3.011,35</b>	<b>3.309,53</b>	<b>3.429,20</b>	

## Kleinanzeigenmarkt

### Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

### Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

### Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter [www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de)

### Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter [www.einkaufsvorteile.de/bsw](http://www.einkaufsvorteile.de/bsw)

### Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter [www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)

### Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung  
Anmeldungen unter [www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

### Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro  
Bestellungen unter [www.die-beihilfe.de](http://www.die-beihilfe.de) oder per Tel.: 0211 7300335

### OnlineService für den öffentlichen Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

### Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter [www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)

Das RentenPlus

DGB

### Wie hoch sind die staatlichen Zulagen für eine Riester-Rente?

Die Riester-Rente wird mit staatlichen Zulagen gefördert. Die Grundzulage beträgt 154 Euro im Jahr. Für jedes kindergeldberechtigende Kind gibt es eine Zulage von 300 Euro zusätzlich (185 Euro für Kinder, die vor dem 1.1.2008 geboren wurden).

Um die volle staatliche Förderung für eine Riester-Rente zu erhalten, muss ein Mindestbeitrag aufgebracht werden. Eigenbeitrag und Förderung müssen zusammen mindestens 4 Prozent des Vorjahreseinkommens betragen.

Mehr Informationen unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif.

# Interview



**Vor zwei Jahren hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bildungsrepublik ausgerufen. Die Realität ist davon weit entfernt. Was sich ändern muss, damit Lehrerinnen und Lehrer ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können, verrät die Leiterin des Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik im GEW-Hauptvorstand Ilse Schaad.**

**Bund und Länder haben sich beim dritten Bildungsgipfel im Juni dieses Jahres nicht auf die Finanzierung der geplanten Investitionen für Bildung und Forschung einigen können. Was bedeutet das für den Alltag in deutschen Schulen?**

Es bedeutet, dass es auf dem niedrigen Niveau, das Ergebnis von 20 Jahren Kürzungspolitik ist, weitergeht wie bisher. Dabei besteht weitgehend Einigkeit über das, was sich ändern müsste. In Deutschland entscheidet nach wie vor die Herkunft über den Bildungserfolg. Andere Länder in Europa sind da weiter. Bildung, Ausbildung und For-



hierfür liegt zunächst im Steuer- und Sozialversicherungsrecht. 1970 lag der Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung bei 26,5 Prozent, heute sind es 39,5 Prozent.

Seit der Umstellung vom BAT auf den TV-L hat sich die Situation noch verschärft, denn nunmehr liegen bereits die Bruttogehälter der Berufsanfänger im Angestelltenverhältnis etwa 10 Prozent unter der Bruttobesoldung vergleichbarer Beamter. Deshalb wollen wir endlich ta-

keine tariflichen Eingruppierungsregeln, sondern ein einseitiges Bestimmungsrecht der Arbeitgeber mit Orientierung am Beamtenrecht.

Die Unterschiede im Nettoeinkommen zwischen Beamten und Angestellten in gleicher Tätigkeit sind immer weiter auseinander gelaufen. Der Grund

rifvertraglich eine bessere Eingruppierung der Angestellten durchsetzen. Lehrkräfte sind die größte und

einzigste Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst, für die es keinen Entgelttarifvertrag gibt. Das muss sich ändern.

**Gibt es gute Gründe, auch heute noch den Lehrberuf zu ergreifen?**

In anderen europäischen Ländern ist längst erkannt worden, dass gerade die Besten für den Lehrberuf gewonnen werden müssen und dass der Lehrberuf ein Schlüsselberuf für die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft eines Landes ist. Lehrerinnen und Lehrer leiden zwar unter der hohen Arbeitsbelastung und den schlechten Rahmenbedingungen. Wer die Arbeit mit jungen Menschen liebt und hohe Verantwortung als Herausforderung begreift, ist richtig für diesen Beruf. Lehrkräfte müssen allerdings trotzdem endlich lernen, für ihre Interessen zu kämpfen – nur so können sie auch ein glaubwürdiges Vorbild für ihre Schüler, Auszubildenden und Studierenden sein. ■

## „Der Lehrberuf ist ein Schlüsselberuf“

schung bilden den Kern der Strategie EU 2020. Es kann keine „intelligentere, grünere soziale Wirtschaft, getragen vom zentralen Einsatz von Wissen“ (Konsultationspapier der EU-Kommission) geben, ohne Chancengleichheit beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung auf allen Ebenen, von der frühkindlichen Bildung bis zur Forschung, zu gewährleisten. Der Erfolg ist abhängig von Investitionen vor allem in die Menschen, die unterrichten oder ausbilden.

**Die GEW kämpft seit langem für die Angleichung der Bezahlung zwischen den Schulformen und zwischen Beamten und Angestellten. Mit welchen Argumenten?**

Die Struktur der Bezahlung der Lehrkräfte ist wie vor hundert Jahren. In den 1970er Jahren wurde aber die gesamte Lehrerbildung grundsätzlich an die Universitäten verlagert – ein Riesenfortschritt, denn zuvor waren nur die Lehrkräfte für die höheren Bildungsinstitutionen akademisch ausgebildet und damit dem höheren Dienst zugeordnet. Der Änderung der Lehrerbildung folgte besoldungsrechtlich – nichts! Bis heute werden Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und teilweise Realschulen nur dem gehobenen Dienst zugeordnet – trotz Uni-Abschluss! Diese Benachteiligung gegenüber allen anderen Akademikern im öffentlichen Dienst lebt in den „neuen“ Beamtengesetzen fort, die jetzt in allen Bundesländern verabschiedet werden. Dabei bezweifelt heute kaum noch jemand, dass das Unterrichten kleinerer oder leistungsschwächerer Kinder anders, aber keineswegs weniger anspruchsvoll ist. Noch gibt es für angestellte Lehrkräfte

### Zur Person

- 1949 in Darmstadt geboren
- Lehramtsstudium Deutsch/Englisch in Frankfurt a. M.
- 1988 Leiterin des Referats Angestellten- und Beamtenpolitik der GEW Berlin
- seit 2005 Mitglied des GEW-Hauptvorstandes, verantwortlich für Angestellten- und Beamtenpolitik



# Aus den Gewerkschaften



## Gutes Arbeiten – gesundes Lehren

Lehrerinnen und Lehrer sollen gesund in den Ruhestand gehen, fordert seit langem die GEW und unterstützt zu diesem Zweck zusammen mit der Max-Träger-Stiftung das Lehrkräfte-Coaching nach dem Freiburger Modell. Es wurde im Rahmen des von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geförderten Projekts „Lange Lehren“ von den Freiburger Medizinern Joachim Bauer und Thomas Unterbrink entwickelt. Lehrkräfte müssten nicht nur ihr Fach beherrschen, sondern auch die Kunst der Beziehungsgestaltung. Dafür seien sie aber häufig nicht hinreichend ausgebildet. Die Freiburger Mediziner hatten nachgewiesen, dass die Lehrgesundheit vor allem durch Aggressivität im Klassenzimmer gefährdet sei. Aus der Stressforschung sei bekannt, dass zwischenmenschliche Stressoren zu biologisch-körperlichen Erkrankungen führen können. Darum wolle man die Beziehungskompetenz von Lehrkräften stärken. Erste Erfolge dieses Ansatzes be-

lege eine Studie, derzufolge Lehrkräfte aus einem von medizinischen oder psychologischen Experten geleiteten Coaching-Kurs bessere Gesundheitsparameter hätten.

Das Beziehungscoaching nach dem Freiburger Modell könne psychischen Erkrankungen vorbeugen und sei längst überfällig, meint auch GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter. Es sei eine Führungsaufgabe aller Kultusministerien, flächendeckend Angebote in der Lehreraus- und fortbildung zur Professionalisierung der Beziehungskompetenz anzubieten.

Ein DVD-Video, das im Herbst erscheinen wird, soll Lehrkräfte unterstützen, die Kunst der schulischen Beziehungsgestaltung zu erlernen und sich so vor gesundheitlichem Verschleiß zu schützen. ■



[www.gew.de](http://www.gew.de) (Presse ▶ Pressemitteilungen ▶ Archiv ▶ 2010 ▶ Juni)

## Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –  
**NÜRNBERGER** Beamtendarlehen.

**125 JAHRE**

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**

VERSICHERUNGSGRUPPE



**Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst.**

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**

Telefon 0911 531-4872, Fax -814872

MBoeD@nuernberger.de

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)

## Termine



### Innovativ und zukunftsorientiert

Der Fachkongress „Qualität in der dienstlichen Fortbildung“ von BAKÖV, dbb akademie, DGB und Behördenspiegel wird sich dieses Jahr mit den Schwerpunktthemen Selbst- und Zeitmanagement sowie Benchmarking als Instrument der Qualitätssicherung befassen. Der Fachkongress bietet Vorträge hochkarätiger Expertinnen und Experten und wird unter dem Leitmotiv „Fortbildung im Jahr 2015“ in Ideenwerkstätten Konzepte zukunftsfähiger Fortbildung erarbeiten. Sie sind herzlich eingeladen, am 8. und 9. Dezember 2010 in der dbb akademie in Berlin durch Ihre Diskussionsbeiträge und Ihr Engagement die Trends und Entwicklungsrichtung der Fortbildung im öffentlichen Dienst mitzubestimmen. ■



Programm und Anmeldung unter [www.bakoev.bund.de](http://www.bakoev.bund.de) (Aktuelles ► Weitere Veranstaltungen)

### „... auf dem Dienstweg“ – Ausstellung in Berlin

Seit Anfang des Jahres präsentiert Berlin die im Auftrag der Senatsverwaltung für Inneres und Sport durch die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und die Agentur BERGZWO erarbeitete Ausstellung „...auf dem Dienstweg – Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933 bis 1945“. Die Ausstellung dokumentiert exemplarische Einzelschicksale und beschreibt die Personalpolitik der Berliner Stadtverwaltung im nationalsozialistischem Kontext. Vom 9. August bis zum 24. September 2010 ist sie in den Diensträumen des Beauftragten für Integration und Migration – Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin – zu sehen. Im Verlag Hentrich & Hentrich ist ein gleichnamiges Buch erschienen. ■



Die Ausstellung ist geöffnet: Mo, Di, Mi, Fr 9.00 bis 15.00 Uhr, Do 9.00 bis 18.00 Uhr  
Christian Dirks (Hrsg.), ... auf dem Dienstweg. Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933 bis 1945, Berlin 2010, ISBN 978-3-941450-24-0, 17,90 Euro

## Webtipp

### „Gerecht und sozial“

Der DGB Nord macht sich stark für ein gerechtes und soziales Schleswig-Holstein. Mit der freien und unabhängigen Internetseite [www.gerecht-und-sozial.de](http://www.gerecht-und-sozial.de) bietet er den verschie-

**Für Schleswig-Holstein gerecht und sozial!**

**Spar- und Strukturmaßnahmen der Landesregierung Schleswig-Holstein**

- führen zu Arbeitsplatzverlusten
- mindern öffentliche Dienstleistungen
- senken Bildungschancen
- streichen Fördergelder für Investitionen
- erschweren die Glasheftung
- schließen tausende von Arbeitsplätzen
- kappen Elternbeur zu streichen
- Haken und Pfughaken werden gemessen
- privatisieren Universitätsklinik
- verschleissene Landstraßen verrotten weiter
- werden Sport, soziale Engagement, Kultur finanziell in den Trüpf bringen

**Wann - Was**  
staltet, kann seine Termine auf dieser Seite veröffentlichen.

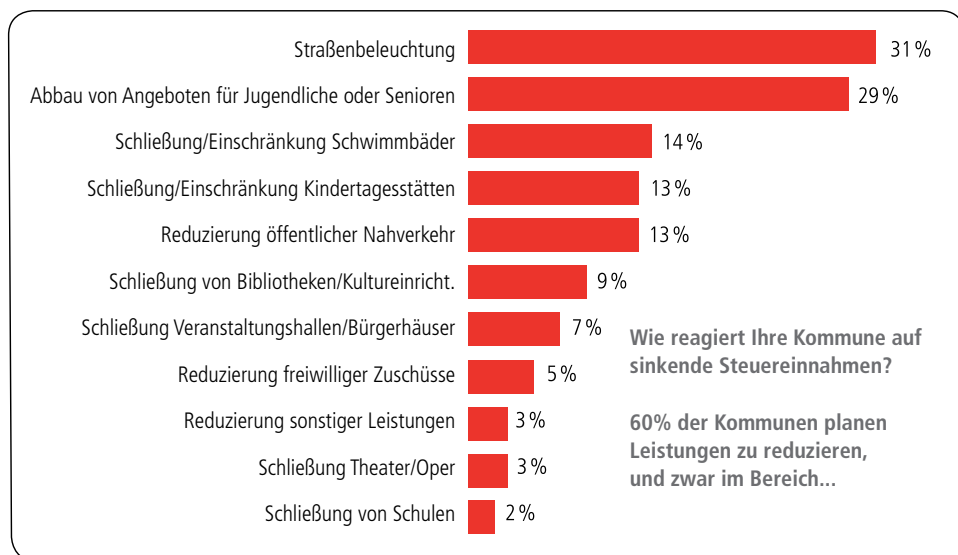
[www.gerecht-und-sozial.de](http://www.gerecht-und-sozial.de) haben Sie

Hier für Ihre Veranstaltung Terminüberschneidungen zu vermeiden, können anzufragen, Kontakte zu verlinken und Zweck aufzubauen mit anderen, die Schleswig-Holstein gerecht und sozial gestalten wollen.

denen Initiativen und Organisationen im Land, die sich gegen die Sparpolitik der Kieler Landesregierung wehren, eine Plattform, auf der sie sich vernetzen und ihre Aktionen ankündigen können. ■

## Zahlen, Daten, Fakten

### Kommunen planen, Leistungen zu reduzieren



Quelle: Ernst & Young: Kommunen in der Finanzkrise. Ergebnisse einer Befragung von 300 deutschen Kommunen, Juli 2010

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden spitzt sich weiter zu. Der Städtetag rechnet für 2010 mit einem Defizit von 15 Milliarden Euro. Jede dritte Kommune mit über 20.000 Einwohnern muss ihren Haushalt genehmigen lassen, weil sie ihn nicht mehr ausgleichen kann. Investitionen werden gesenkt, Personal abgebaut. Fast zwei Drittel wollen Leistungen abbauen. Jede dritte Kommune gibt an, Angebote für Jugendliche und Senioren einschränken zu wollen. In 14 bzw. 13 Prozent der Kommunen drohen Einschränkungen oder Schließungen von Hallen- oder Freibädern und Kindertagesstätten.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.  
Mit unserer **Pflegevorsorge**,  
die die staatlichen  
Leistungen sinnvoll ergänzt.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

## Pflegevorsorge

- Schon mit niedrigen Beiträgen abgesichert
- Soforthilfe innerhalb von 24 Stunden
- Für Sie, Ihre Kinder und auch Ihre Eltern

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – und entwickeln Produkte, die speziell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie unsere umfangreichen Lösungen zur Pflegevorsorge, die die Pflegepflichtversicherung optimal ergänzen. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.  
**Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0 180 3 - 00 31 31\*.**

\*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.





## Private Krankenversicherung für Beamte

Mehr Leistung. Mehr Sicherheit.  
Weniger Kosten.



### Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause.

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Mehr Leistung beim Arzt, Zahnarzt, im Krankenhaus
- Günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: attraktive Beitragsrückerstattungen
- Zufriedene Kunden: Testsieger in der Kundenzufriedenheitsstudie der unabhängigen Unternehmensberatung MSR Consulting.

### Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98221**  
**Telefax 09561 96-6990**

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2010**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig